

2023/II/Innen/5

Beschluss

Annahme in geänderter Fassung

Rechtssicherheit für Betroffene von Polizeieinsätzen schaffen!

Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge beschließen und an den Bundesparteitag der SPD weiterleiten:

Die SPD-Bundestagsfraktion sowie die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung werden dazu aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass das bloße Filmen von Polizeieinsätzen künftig weder mit Strafe noch mit Bußgeld bewehrt wird.

Überweisen an

Bundesparteitag, Bundestagsfraktion, Bundesregierung